

# Die Rasseliste erreicht nicht den Zweck

Linksfraktion legt Gesetzentwurf zur Änderung des „Kampfhundegesetzes“ vor

Nachdem jetzt Anfang August die Landtagsfraktion DIE LINKE einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren in den parlamentarischen Gang eingebracht hat, erklärte die Abgeordnete Sabine Berninger, Mitglied des Innenausschusses, dass die Linksfraktion das umstrittene Gesetz mit seiner ebenso umstrittenen, aus Sicht (nicht nur) der LINKEN unsachgemäßen, Rasseliste als gefährlich eingestuft Hunderassen im Landtag erneut thematisiert.

Sabine Berninger, die am 5. August den Tag der offenen Tür der Eichsfelder Hundeschule in Heiligenstadt besuchte und dort in der Jury bei der Suche nach dem schönsten Hund mitwirkte, verwies darauf, dass sie die Trainer der Eichsfelder Hundeschule bei der parlamentarischen Debatte zum so genannten Kampfhundegesetz kennen- und als Experten schätzen gelernt hatte.

„Einen Beleg für die Wirksamkeit des Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren sind sowohl die Landesregierung als auch die Koalitionsfraktionen bisher schuldig geblieben. Im Gegenteil: Die aktuell vorliegende Beißstatistik für das Jahr 2011 untermauert die im Anhörungsverfahren zum so genannten Kampfhundegesetz von den befragten Experten übereinstimmend gemachte Aussage, dass eine Rasseliste sachlich nicht begründet und wissenschaftlich nicht haltbar ist und die Gefährlichkeit eines Hundes allein an seinem Verhalten festgemacht werden kann“, erklärte Sabine Berninger.

Eine Rasseliste erreiche nicht den in Paragraph 1 des Gesetzes angegebenen Zweck, „Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorzubeugen und abzuwehren, die mit dem Halten und Führen von gefährlichen und ande-

ren Tieren verbunden sind“. „Ein Gesetz aber lediglich um des Gesetzes oder Aktionismus‘ willen oder zur bloßen Vortäuschung von Sicherheit ist der Legislative unwürdig“, unterstrich die justizpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Daher will DIE LINKE den vom Landtag am 22. Juni 2011 durch das mehrheitlich beschlossene Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren eingeschlagenen Weg korrigieren und beantragt eine Änderung des Gesetzes. „Im Kern wollen wir die Gefährlichkeitsvermutung am Verhalten der Tiere festmachen und die Widerlegbarkeit dieser Gefährlichkeitsvermutung (wie sie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im Gesetzgebungsverfahren mittels eines Änderungsantrages eingefordert hatte) ein-

führen und die Unfruchtbarmachung nach § 11 Absatz 4 des derzeit geltenden Gesetzes streichen“, so die Abgeordnete. Ein weiterer wichtiger Punkt sei für DIE LINKE die Abschaffung der Kastrationspflicht.

Die Unfruchtbarmachung von Tieren widerspricht dem in Paragraph 1 Satz 2 Tierschutzgesetz geregelten Grundsatz, „niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen“.

Auf Anregung einiger bereits im Anhörungsverfahren beteiligter Experten hatte Sabine Berninger während der letzten Wochen versucht, die anderen Landtagsfraktionen mit diesem auch fachlich begründeten Kompromissvorschlag zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf zu bewegen – „leider erfolglos“.



Sabine Berninger mit Thomas Schneider (Wahlkreismitarbeiter) sowie ihren Abgeordnetenkollegen Matthias Bärwolf und Susanne Hennig und ihren vierbeinigen Feinden (v. links) im vergangenen Jahr auf der Wiese hinter dem Landtagsgebäude. Die LINKE hatte mit der Aktion auf den Ansatz der Fraktion hingewiesen: Gefährdungen anderer Menschen gehen nicht primär von Hunden aus, sondern von unverantwortlich handelnden Hundebesitzern. „Das Problem ist immer am anderen Ende der Leine“, brachte die Abgeordnete Sabine Berninger die Position auf den Punkt.  
Foto: Archiv der Linksfraktion

## Gleichstellungsgesetz

Nachdem die Landesregierung noch immer keine Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes für Frauen und Männer vorgelegt hat, erklärte MdL Karola Stange: „Mich würde es nicht wundern, wenn sich das eine oder andere männergeführte Ministerium gegen die im Koalitionsvertrag vereinbarten verbindlichen und sanktionsbewährten Regelungen ausgesprochen hat.“ Sie weist auch auf die Stellenbesetzungen der Referats- und Abteilungsleitungen. „Wenn die Landesregierung Schwierigkeiten beim Erstellen des Gesetzentwurfes hat, kann sie sich gerne bei unserer Vorlage bedienen. DIE LINKE hat bereits im Januar einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht.“

## Polizeiautos

„Dass die Polizei alte Funkstreifenwagen regelmäßig durch neue ersetzen muss, ist vernünftig, dass die Landesregierung dies aber spontan und am Landeshaushalt vorbei tut, zeugt weder von haushaltspolitischer Weitsicht noch von demokratischen Spielregeln“, so MdL Ralf Kalich zum Kauf von 91 neuen Polizeiautos im Rahmen einer so genannten überplanmäßigen Ausgabe.

Für den Haushaltspolitiker der Linksfraktion hat es „ein gewisses Geschmäckle“, wenn die Thüringer Landesregierung offenbar dringend notwendige Beschaffungsmaßnahmen dem Landtag bei der Haushaltsaufstellung verschweigere und wenige Monate später dann aber „überplanmäßig“ durchführe.

## Ökologisches Jahr

Nachdem sich die Thüringer Träger des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) Hilfe suchend an alle Landtagsfraktionen gewandt hatten, reichte MdL Tilo Kummer umgehend eine Kleine Anfrage dazu an die Landesregierung ein: „Die Landesregierung ist zwar verpflichtet, innerhalb von sechs Wochen zu antworten, ob ihre Antwort aber den Trägern noch hilft, bleibt abzuwarten.“

Der LINKE Umweltpolitiker, dem das plötzliche Feststellen der finanziellen Engpässe verwundert, forderte die Landesregierung zu raschem Handeln auf. „Wenn es nicht anders geht, sollte sie auch über Stellen im eigenen Wirkungsfeld, zum Beispiel im Forstbereich, nachdenken“, so Kummer abschließend.

## VON A BIS Z:

### Mietrechtsreform

Die Thüringer Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die geplante Mietrechtsreform gestoppt wird, forderte die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heiðrun Sedlacik. „Die geplanten Änderungen benachteiligen einseitig Mieterinnen und Mieter, auch die Länderkammer hält den Gesetzentwurf von Schwarz-Gelb für sozial unausgewogen und lehnt ihn ab.“ Die Abgeordnete appellierte an die Mietervereine des Landes, nicht locker zu lassen, die Mieter aufzuklären und Protest gegen die Pläne der Bundesregierung zu organisieren. „Selbstverständlich sind energetische Sanierungen von Wohnungen erforderlich. Aber es ist nicht zu akzeptieren, dass künftig Bauarbeiten mit Dreck, Lärm und Dunkelheit zu ertragen sind, aber eine Mietminderung in den ersten drei Monaten nicht geltend gemacht werden kann.“

Mieter könnten sich künftig nicht gegen eine Modernisierung wehren, selbst wenn sie danach ausziehen müssten, weil sie die Mieterhöhung nicht tragen könnten. „In Zeiten, wo bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird, ist dies ein falsches Signal. Der Interessenausgleich zwischen Vermieter- und Mieterseite wird zuungunsten der schwächeren Seite, der Mieter, ausgehebelt. Die Landesregierung ist, auch wegen der von der Koalitionspartei SPD auf Bundesebene vertretenen Ansicht, aufgefordert, ihren Einfluss auf einen Stopp der Mietrechtsreform geltend zu machen.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Nach der parlamentarischen Sommerpause tritt der Landtag planmäßig wieder vom 19. bis 21. September in Erfurt zusammen.

### Wohnungspolitische Tagung:

Am 15. September findet bereits die 5. Wohnungspolitische Jahrestagung der Landtagsfraktion der LINKEN in Zusammenarbeit mit dem KOPOFOR statt. Nach den Schwerpunkten soziales Wohnen (2010) in Jena und Wohnen im Alter (2011) in Gera geht es 2012 in Sömmerda um das Thema energetische Sanierung und bezahlbares Wohnen.

Weitere Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).